

A n t r a g
(Alternativantrag)

**der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

**zu dem Antrag (Alternativantrag) der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/2168 -
Schutz des Lebens und seelischen Wohlbefindens von
Senioren und anderen Risikogruppen während der Co-
rona-Pandemie**

**Lebensqualität von Seniorinnen und Senioren, pflege-
bedürftigen Menschen und Menschen mit Behinderun-
gen auch in der Corona-Pandemie sichern**

- I. Der Landtag stellt fest,
 1. dass trotz Einschränkungen aus Notwendigkeit eines wirksamen Infektionsschutzes der Bevölkerung der Schutz und die Aufrechterhaltung der Lebensqualität von vulnerablen Gruppen wie Seniorinnen und Senioren, pflegebedürftigen Menschen und Menschen mit Behinderungen im Pandemiemanagement der Landesregierung nicht aus den Augen verloren wurde; dies zeigen beispielhaft die Regelungen, dass auch bei einer Inzidenz über 100 für Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeeinrichtungen die Möglichkeit bestand, bis zu zwei Besucherinnen und Besucher pro Tag empfangen zu können; dies war auch bei einer Inzidenz über 200 gewährleistet, hier wurde lediglich in den Rhythmus des Wechsels von Besucherinnen und Besuchern eingegriffen;
 2. dass für die Zeit, in denen bei niedriger Inzidenz Freizeitangebote, Erholungsangebote und Angebote der sozialen Teilhabe für Familien und Seniorinnen und Senioren möglich sind und mit dem Sonderprogramm Familienerholung, der Familiencard und den kommunalen Projekten und Maßnahmen, welche über das Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben der Generationen finanziert werden, ein breites und vielfältiges Spektrum vorgehalten wird;
 3. dass mit der landesweiten Initiative AGATHE "Älter werden in der Gemeinschaft - Thüringer Initiative gegen Einsamkeit" ein geeignetes Förderinstrument für Beratungs-, Informations- und Weitervermittlungsangebote für ältere Menschen geschaffen wurde, welches dem Erhalt der Selbstständigkeit und der Verbesserung der Lebensqualität dient; die Initiative bedarf einer Ausweitung auf alle Landkreise und kreisfreien Städte in Thüringen, um für alle älteren Menschen wirksam werden zu können; dies muss in kommenden Haushalten Berücksichtigung finden;

4. dass es weitere Verbesserungen im System der Altenpflege bedarf, um eine qualitätsgerechte und finanzierbare Pflegeversorgung bei gleichzeitig guten Arbeitsbedingungen zu erreichen; daher sind die Initiativen der Landesregierung im Bundesrat richtig und notwendig;
 5. dass die Landesregierung mit der Erarbeitung und Veröffentlichung des 2. Thüringer Seniorenberichts, dem Entwickeln eines breiten Familienbegriffs durch das Thüringer Gesetz zur Sicherung der Familienförderung, der Implementierung des Landesprogramms Solidarisches Zusammenleben der Generationen und der Landesfamilienförderplanung die Verankerung der Interessen und Bedarfe von Seniorinnen und Senioren in der regionalen und überregionalen Landesförderung sichert;
 6. dass mit dem Thüringer Gesetz zur Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte von Senioren ein wichtiger Grundstein gelegt ist, um die Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte landesweit in den Kommunen auszubauen und die Interessenvertretung zu stärken;
 7. dass sich insbesondere in der ersten Phase der Corona-Krise gezeigt hat: die helfenden Kräfte in der Gesellschaft, ob als Nachbarschaftshilfe oder ehrenamtliche Betreuung von Bedürftigen, Rücksichtnahme und ein solidarisches Miteinander charakterisieren die Thüringer Gesellschaft;
 8. dass jungen Menschen in unserer Gesellschaft durch die Pandemie besonders viel abverlangt wurde; um vulnerable Gruppen vor Ansteckung und schweren Krankheitsverläufen zu schützen, musste die heranwachsende Generation im Kindergarten, in der Schule, in der Ausbildung oder in der Freizeit Verzicht üben; die jungen Menschen haben die Einschränkungen zu großen Teilen akzeptiert und angenommen; dem gebührt unsere Anerkennung und besonderer Dank;
 9. dass Menschen, die zu Hause gepflegt werden und ihre pflegenden Angehörigen einer besonders großen Belastung in der Krise ausgesetzt waren und dass diese gesellschaftlich bedeutende Arbeit mehr Anerkennung und Unterstützung durch die Gemeinschaft benötigt.
- II. Der Landtag spricht sich dafür aus, die Dienstleistungen und Beschaffungen zur Pandemiebekämpfung, insbesondere zur Durchführung der Impfkampagne und ergänzend für Hygienevorkehrungen beziehungsweise Tests, auch zukünftig prioritär und vollumfänglich zu finanzieren.
- III. Der Landtag bittet die Landesregierung zu berichten,
1. ob angesichts der bereits hohen Impfquoten in Pflegeeinrichtungen in den kommenden Herbst- und Wintermonaten bei möglicherweise steigenden Inzidenzen eine Erhöhung der bestehenden Testfrequenzen als Ergänzung zur Impfkampagne weiter als sinnvoll einzuschätzen ist; die wichtigste Maßnahme zum Schutz vulnerabler Gruppen in Alten- und Pflegeheimen war und ist die Durchführung von Schutzimpfungen gegen COVID 19; als primäre Schutzmaßnahme ist eine möglichst hohe Durchimpfungsquote speziell in den Alten- und Pflegeheimen, insbesondere bei den zu pflegenden Personen, ihren Angehörigen und den Beschäftigten und deren Angehörigen notwendig,
 2. wie die Landesregierung eine notwendige Sensibilisierung für eine dritte Impfung in Pflege- und Altenheimen sowie in Wohnformen für Menschen mit Behinderungen und für besonders vulnerable Gruppen umsetzen will,

3. wie sich die Landesregierung für die Interessen der Beschäftigten in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen eingesetzt hat,
4. wie die Angebote der Informationen zu Corona und den Impfungen in leichter Sprache und Gebärdensprache angenommen wurden und ob eine Erweiterung dieser Angebote geprüft wurde,
5. wie sich die digitale Bildung von Seniorinnen und Senioren mit den bestehenden Förderinstrumenten und Landesprogrammen stärken lässt.

IV. Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. eine Befragung zu den Auswirkungen der Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie auf die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner in stationären und ambulanten Einrichtungen der Altenpflege sowie der häuslichen Pflege in Thüringen zu beauftragen, um insbesondere die wechselseitigen psychischen und physischen sowie sozialen Folgen der aktuellen Pandemie und ihrer Bewältigungsmaßnahmen besser ableiten zu können;
2. auch zukünftig die Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren und deren Familien bei der Bewältigung der Pandemie zu berücksichtigen und zu prüfen, welche weiteren Schritte zur Entlastung von pflegenden Angehörigen nötig sind, insbesondere um weitere Plätze in der Verhinderungs- und Kurzzeitpflege in Thüringen zu schaffen und diese flexibel anbieten zu können sowie Beratungsangebote auszubauen;
3. Interessenvertretungen von Menschen, die zu Hause gepflegt werden und der pflegenden Angehörigen sowie der professionellen Pflege in Gremien der Pflegepolitik auf Landesebene einzubeziehen.

Begründung:

Vereinsamung und mangelnde soziale Teilhabe war für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen oder Menschen mit Behinderungen auch schon vor der Pandemie ein leider oft erlebtes Schicksal. Die rot-rot-grüne Koalition hat mit ihrer Politik der sozialen Fürsorge auf verschiedenen Wegen politische Maßnahmen ergriffen, um diese Situation in Thüringen abzumildern. Dafür steht das Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben der Generationen, die Thüringer Initiative gegen Einsamkeit AGATHE, die Erarbeitung des 2. Thüringer Seniorenberichts sowie das Engagement der Landesregierung zur Verbesserung des Systems der Altenpflege und für eine qualitätsgerechte und finanzierbare Pflegeversorgung auf Bundesebene.

Die Pandemie hat die bestehende Situation für die betroffenen Menschen zugespitzt und deutlich gemacht, wie notwendig die Wahrung der Lebensqualität für vulnerable Gruppen beim Pandemiemanagement ist. Die Landesregierung hat hier bereits geeignete Maßnahmen getroffen, um dies in Abhängigkeit vom Infektionsgeschehen gewährleisten zu können. Angesichts einer vierten Welle, den Herausforderungen der weiteren Sensibilisierung für Impfungen sowie dem sich aufdrängenden Bedarf von zusätzlicher Unterstützung für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige bedarf es der genauen Betrachtung von Angeboten des Tes-

tens, der Wirkung notwendiger Sensibilisierung sowie der durch die Pandemie beeinflusste Lebensqualität vulnerabler Gruppen.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Für die Fraktion
der SPD:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN:

Blechschmidt

Lehmann

Henfling